

FaktenCheck: HELLAS

Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland

Nummer 2 Mai 2015

„Reiche Griechen zahlen keine Steuern“ (S. 2) + + + 100 Tage SYRIZA-Regierung (S. 3) + + + Kranker Gesundheitssektor (S. 4/5) + + + Brief aus Griechenland an FreundInnen (S. 6) + + + BRD-Überschüsse sind anderswo Defizite (S. 7)

Ein Land wird plattgemacht



Montage: Joachim Römer

Am 24. April fand in Riga beim Treffen der Finanzminister der Eurozone ein Scherbengericht statt. Achtzehn Finanzminister hetzten gegen den Griechen. Varoufakis sei „Amateur“, „Spieler“, „Zeitverschwender“. Und immer wieder, wie in einer Art Theater-Chor, die Rufe: „Wo ist die Liste?!“ „Wo sind die Reformen?!“ Europaweit wird in fast allen Medien derselbe *Chor von Riga* angestimmt: „Der Grieche muss liefern“ – „Die Liste!“ – „Die Griechen“ sind „nicht bereit zu Reformen“.

Zur gleichen Zeit gibt es in Griechenland einen zweigleisigen Prozess. Auf der einen Seite fasst das Parlament mit seiner neuen Mehrheit sinnvolle und ermutigende Beschlüsse, die Grundlage für einen sozialen und demokratischen Neubeginn sein könnten (siehe S. 3). Auf der anderen Seite werden bereits jetzt alle Finanzmittel zusammengekratzt, um elementare Funktionen von Wirtschaft und Gesellschaft am Leben zu erhalten – selbst die ausgebluteten Kommunen werden auf problematische Weise genötigt, die letzten Geldreserven dem Zentralstaat zu übergeben. Dabei ist klar: Bleibt es bei der Blockade durch die Eurozone, dann geht es nur noch um das Hinauszögern des Staatsbankrotts. Eigenständig kann Griechenland den Sommer 2015 nicht überleben; allein in den Monaten Mai bis August muss das Land 11,6 Milliarden Euro an seine internationalen Gläubiger zahlen – ein Ding der Unmöglichkeit.

Um was geht es wirklich? Griechenland geriet 2010 in eine offene Finanzkrise. EU und IWF gewährten dem Land große Kredite, die zu 90

Prozent den europäischen Banken zu Gute kamen. Gleichzeitig wurde durch eine sogenannte Troika, bestehend aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), in Griechenland eine Austeritätspolitik durchgesetzt, mit der die öffentlichen Ausgaben massiv gekappt, dabei vor allem die Bereiche Gesundheit, Bildung und Infrastruktur geschwächt und die Einkommen von Beschäftigten und alten Menschen erheblich reduziert wurden. In der Folge brach die Wirtschaft um mehr als 25 Prozent ein. Die Schulden wuchsen weiter; sie liegen heute trotz eines Schuldenschnitts höher als zu Beginn der Krise. Die Arbeitslosenzahl explodierte.

In dieser Situation wählte die griechische Bevölkerung Ende Januar 2015 eine neue linke Regierung. Sie tat dies trotz der massiven Kampagne, die die EU im Land zugunsten der alten Samaras-Regierung durchführte und obgleich auch die griechischen Medien rechts stehen und sich überwiegend im Besitz von Oligarchen befinden. Die neue Regierung wurde gewählt, weil sie versprach, die brutale Sparpolitik zu beenden und einen sozialen und demokratischen Neubeginn zu wagen.

Und was sagt dazu die Vertreterin des IWF? Was fordert die deutsche Bundesregierung? Was meinen die Eurozonen-Finanzminister, wenn sie im „Format 18 zu 1“ „Reformen“ und eine „Liste“ fordern? Verlangt wird eine *Fortsetzung und teilweise eine Verschärfung derjenigen Politik, die in die Katastrophe führte*: unter anderem werden die zusätzliche Kürzung der Einkommen alter Menschen (in Form der Kürzung der Betriebsrenten)

und eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer verlangt. Unwahr ist, dass es keine Vorschläge der griechischen Regierung geben würde, wie die Talfahrt beendet, wie Reiche besteuert, wie eine sinnvolle Entwicklung erreicht und wie Korruption bekämpft werden können. Doch diese Vorschläge interessieren die Eurozonen-Leute und die IWF-Vertreter nicht.

Warum ist das so? Um was geht es in Wirklichkeit? Geht es um Geld? Unsinn! Ein großer Teil der Kredite, die an Griechenland flossen, werden nie zurückbezahlt werden – sie haben ihren Zweck erfüllt: Rettung privater Banken. Das, worum die griechische Regierung seit Ende Januar bittet, ist ja auch *kein neues Geld*. Es geht nur um die Auszahlung von *längst zugesagten Krediten*, Gelder in Höhe von 7 bis 10 Milliarden Euro, mit denen das Land vielleicht durch das Jahr 2015 kommen würde, womit die neue Regierung eine gewisse Chance erhielt.

Doch genau diese Chance soll sie nicht bekommen. Und *DARUM* geht es allein. Bereits nach der „Lösung“ der Finanzkrise in Zypern sagte der damals neue Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem: „This is a template“. Die Art und Weise, wie damals die Eurogruppe in die Inselrepublik hineinregierte, sei eine „Schablone“ für spätere Fälle gewesen.

Im Fall Griechenland geht es um mehr. Hier soll ein *EXEMPEL* statuiert werden. Ein Exempel, das europaweit wirkt und weltweit Signalwirkung hat. Wenn die Bevölkerung eines Landes gegen das Diktat der Konzerne, Banken und der „Institutionen“ EU und IWF aufbegehrt und wenn sich diese gar

für einen demokratischen Aufbruch entscheidet, dann wird ihr gezeigt, *wo der Hammer hängt*. Ihre Vertreter werden vorgeführt, gedemütigt und vor die Alternative gestellt: Entweder sie kapitulieren und akzeptieren Bedingungen, die ihren Grundsätzen widersprechen. Womit sie die Unterstützung der Bevölkerung verlieren. Oder das Land wird in den Bankrott gestürzt, wovon die betroffenen Menschen naturgemäß Angst haben. Weswegen auch diese Entwicklung zum Verlust von Unterstützung für SYRIZA führen würde. Ein Weg, der beiden Zielen dient, lautet: Spaltung von SYRIZA – zum Beispiel in einen „vernünftigen“ Tsipras und in einen „unbelehrbaren“ Varoufakis. Dass mit dieser Politik Demokratie abgebaut wird, ist gewollt. Dass sie Faschismus fördert, wird hingenommen. Schließlich akzeptieren IWF und EU in der Ukraine zur Durchsetzung der neoliberalen Politik bereits Faschisten als Bündnispartner – und gewähren neue Kredite und diskutieren für dieses Land das, was ein linkes Griechenland nicht bekommen soll: einen Schuldenschnitt.

In Griechenland geht es um ein *dreifaches Plattmachen*: Das Plattmachen einer Wirtschaft im Zeichen der Einheitswährung Euro. Das Plattmachen vielfältiger demokratischer und selbstverwalteter Initiativen (siehe Seite 5). Und das Plattmachen einer Regierung, die in Europa die Hoffnung auf Demokratie und sozialen Neubeginn nährt.

FaktenCheck:HELLAS fordert dazu auf, alles zu tun, um die neoliberale Planierwalze zu stoppen.

Herr Schäuble!

Sie haben sich ja am 24. April in Riga beim Treffen der Eurozonen-Finanzminister dezent zurückgehalten. Das war echt gekonnt, wie Sie und Herr Dijsselbloem dabei die Kleinen vorschickten: Der Österreicher durfte mal „Ich bin genervt“ kreischen. Der Slowene keifen: „Wir

brauchen jetzt einen Plan B.“

Der Slowake sich zu den – an Varoufakis gerichteten – Sätzen aufpumpen: „Ich kann Dir kein Geld geben, um die Renten in Griechenland zu zahlen.“

Mal ehrlich, Herr Schäuble: Griechenland ist für Sie ja längst im Orkus oder Hades. Sie sind in Gedanken doch bereits beim nächsten Land. So sagten Sie ein paar Tage „vor Riga“: „Frankreich könnte froh sein, wenn jemand das Parlament zwingen würde ...

Aber das ist schwierig. So ist halt die Demokratie.“ Es ging Ihnen da um „die Notwendigkeit von Arbeitsreformen“. Das heißt, Sie fordern „Hartz à la française“. Offiziell haben Ihre französischen Partner ja heftig protestiert. Aber da konnten Sie grummeln: Kommt Zeit, kommt Tat, kommt Eurorat.

Ach ja. In Riga wurde erneut kritisiert, dass es in Griechenland all diese *Korruption* geben würde. Auch Sie betonten bei jedem denkbaren Anlass, wie „unsolide“ doch der griechische Staat sei.

Wie war das nochmals, als Sie 1994 eine Schwarzgeld-Barspende des Waffenhändlers Schreiber für die CDU in Höhe von 100 000 D-Mark entgegennahmen? Im Umschlag, den Sie, wie Sie sagten „ungeöffnet“ weiterreichten. Wie verhielt es sich in den 1980er und 1990er Jahren mit den Schwarzgeldkonten der CDU, auf denen viele Millionen DM landeten, die die CDU-Hessen als „Vermächtnisse jüdischer Spender“ ausgab – was schlicht gelogen war? Konten, über die Sie damals sagten, das seien keine Schwarzgeldkonten, sondern „Anderkonten“. Und ist es nicht zutreffend, dass der Bundestagspräsident Thierse damals die CDU dazu verdonnerte, 7,79 Millionen DM Strafgeld zu zahlen, weil Ihre Partei sich massiv (und „solide“) über Schwarzgeld finanziert hatte?

In eigener Sache

Heft 1 von *FaktenCheck:HELLAS* erschien am 4. April; zwei Auflagen der ersten Ausgabe mit gesamt 72 000 Ex. sind vergriffen. Der Kreis der Abnehmenden ist sehr breit, allerdings regional noch höchst unterschiedlich. Das Projekt ist also weiter ausbaubar. *FaktenCheck:HELLAS* eignet sich optimal für Verteilen bei Freunden und Freundinnen, Nachbarn, auf Veranstaltungen, in (griechischen?) Kneipen (100 Ex = 15 Euro plus Porto/Verpackung; siehe S. 2). *FaktenCheck:HELLAS* wird von einem breiten Kreis herausgegeben (s. S. 8). *FaktenCheck:HELLAS* braucht weitere Unterstützung – für weitere Ausgaben. Bei Heft 3 orientieren wir auf den 1. Juni. Die FCH-Redaktion

Medien-Argumente zu Griechenland – FaktenCheck:HELLAS-Antworten zum Thema:

„Reiche Griechen – mit Steuerfreiheit“

Ein Standardargument derjenigen, die die neue griechische Regierung kritisieren, lautet: Die treiben doch nicht das Geld bei den reichen Griechen ein! Was ist mit den griechischen Reedern? Warum fangen die nicht an, vor der eigenen Tür zu kehren; warum wird da ganz im altgriechischen Sinn nicht endlich mal „der Augias-Stall ausgemistet“. FaktenCheck:HELLAS stellt diese geläufigen Argumente vor und liefert Antworten.

Argument 1 Kaum war die neue Regierung in Athen gewählt, da wussten deutsche Politiker, was von dieser zu fordern sei. Wolfgang Bosbach, CDU-MdB, erklärte, er habe Ende Februar mit „Nein“ bei der Abstimmung zur Freigabe von Geldern für Griechenland gestimmt (Gelder, die dann bis heute gar nicht flossen). Bosbach als Begründung in *Bild* vom 28. Februar 2015: „Die Probleme Griechenlands sind [...] Resultat der fehlenden Bereitschaft reicher Griechen, ihre Steuerpflichten zu erfüllen.“ Der Tenor lautet: Griechenlands Reiche müssten zahlen.

FaktenCheck:HELLAS Das ist grundsätzlich eine richtige Idee. Sie wird so auch von der neuen griechischen Regierung geteilt. Teilweise hat dies auch bereits Konsequenzen – Ende April wurde Griechenlands prominentester Bauunternehmer, Leonidas Bobolas, kurzzeitig wegen Steuerschulden verhaftet; er zahlte dann auch 1,8 Millionen Euro. Grundsätzlich stellt sich aber doch die Frage: Warum wird diese Forderung von einer neuen linken Regierung derart vehement gefordert? Die EU und die Troika, die in den vergangenen gut vier Jahren in Griechenland maßgeblich die Politik bestimmten und die eng mit den Vorgängerregierungen unter Papandreu, Papademos und Samaras verbunden waren, hatte ausreichend Zeit, auf die Einlösung dieser Forderung zu dringen.

Argument 2 Die reichen Reeder sind steuerbefreit – wie kann das sein? Nochmals Wolfgang Bosbach: Es sei „die souveräne Entscheidung des griechischen Staates, wenn er seine Reeder nahezu komplett von der Steuerpflicht befreit.

Allerdings darf Griechenland dann nicht erwarten, dass die Steuerzahler der Eurozone die dadurch Jahr für Jahr entstehenden Einnahmeausfälle in Millionenhöhe kompensieren.“ (*Focus.de* vom 3. Februar 2015).

FaktenCheck:HELLAS Richtig ist, dass der größte Teil der griechischen Reeder kaum Steuern zahlt – weder in Griechenland noch anderswo. Der Grund ist ein doppelter: Erstens ist die Steuerfreiheit bei Investitionen in die Schifffahrt in der griechischen Verfassung verankert. Zweitens gehören den griechischen Reedern zwar knapp 4000 Schiffe, doch nur rund 800 fahren unter griechischer Flagge.

Nachfrage zu Argument 2 Doch diese Steuerfreiheit für die Schifffahrt ist doch ein Skandal, der beseitigt werden muss!?

FaktenCheck:HELLAS Volle Zustimmung. Doch der Skandal hat eine lange Geschichte, die man verstehen muss. Die griechische Gesetzgebung mit einer weitreichenden Steuerfreiheit für Schifffahrt und Reederei wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Regierungen erarbeitet, die vor allem unter US-amerikanischem Einfluss standen. 1957 wurde unter einer konservativen Regierung als einzige Besteuerung der Reeder die „Tonnagegewinnermittlung“, auch „Tonnagesteuer“, eingeführt. Mit dieser Art Steuer wird der Gewinn faktisch nach Schiffsgrößen geschätzt – und damit dramatisch unterschätzt. 1967 wurde die weitgehende Steuerbefreiung der Reeder in die Verfassung aufgenommen. Damals herrschte in Griechenland ein faschistisches Regime unter den Obristen Pat-takos und Papadopoulos, das 1967 mit einem Putsch an die Macht kam. Dieser Putsch wiederum war von der Nato gesteuert (er wurde fast 1:1 durchgeführt nach dem Nato-Plan „Prometheus“). Als das Faschisten-Regime 1974 gestürzt wurde, wurde die Steuerbefreiung auch in die neue Verfassung des Jahres 1975 übernommen – damals regierte in Athen erneut eine konservative Regierung.

Diese rechten und konservativen Regierungen sind damit für die nunmehr viel kritisierte Steuerfreiheit der Reeder verantwortlich. Es ist nicht bekannt, dass diese Sonderrechte seitens der EWG/EG/

EU oder der OECD oder dem IWF jemals im Zeitraum 1957 bis 2014 kritisiert worden wären.

Argument 3 Das hoch verschuldete Griechenland leistet sich damit ein Sondergesetz zur Begünstigung der Superreichen.

FaktenCheck:HELLAS Des handelt sich längst um eine allgemeine, internationale Gesetzgebung. Die gesamte weltweite Schifffahrt ist geprägt überwiegend von Steuerfreiheit, von ergänzenden Steuerspar-Modellen beim Schiffbau (bei den Werften), von anderen indirekten und direkten Subventionen für die Schifffahrt und von einem allgemeinen „Ausflaggen“ – dem Fahren der Tanker und der Handels- und Container-Schiffe unter Flaggen, deren Staat keine oder so gut wie keine Steuern verlangt. Das hat aus Sicht der weltweit agierenden Konzerne und Banken gute Gründe. Die auf derlei Art vielfach subventionierte Schifffahrt trägt dazu bei, dass die weltweiten Transportkosten extrem niedrig sind. Dies ist ein Motor der Globalisierung und der Beschleunigung des Welthandels: Waren, die irgendwo auf der Welt – z.B. in Bangladesch oder China – günstig hergestellt wurden, sind nun überall auf der Welt zu ähnlich niedrigen Preisen wie im Herstellerland erhältlich. Der Grund: Die in ihnen steckenden Transportkosten sind extrem niedrig, während der größte Teil der realen Transportkosten von den Steuerzahlenden bezahlt wird. Das heißt auch: Auf diese Weise erleiden die jeweiligen regionalen Ökonomien, die Umwelt und das Klima enormen Schaden.

Auch Deutschland fördert seine Reeder und den Schiffbau. Am 31. Oktober 2012 war auf *Spiegel online* zu lesen, die Schifffahrt werde „vielleicht nirgendwo so sehr protegiert wie in Deutschland“. Von den rund 3800 Schiffen deutscher Reeder schippern mehr als 3000 unter fremder Flagge, sind also in Steueroasen registriert. Die Tonnagesteuer wurde in Deutschland unter Rot-Grün, 1998, eingeführt. Der jährliche Steuerverlust, den der Fiskus mit der Tonnagesteuer erleidet, wird auf jährlich eine Milliarde Euro geschätzt. **Argument 4** Warum werden dann die

privaten Einkommen der griechischen Reeder nicht besteuert?

FaktenCheck:HELLAS Hier gibt es sicher „Nachholbedarf.“ Doch auch hier ist die Sachlage nicht so einfach. Viele griechische Reeder haben ihren Wohnsitz im Ausland gemeldet und/oder ihre Unternehmen im Ausland registriert. Sehr beliebt sind London und die britischen Virgin Islands. In diesen Tagen wird in Großbritannien über die „non-dom-Milliardäre“ debattiert. 116 000 superreiche Ausländer haben einen britischen Pass und einen realen oder Scheinwohnsitz in Großbritannien. Sie sind „non domiciled“; der britische Fiskus kassiert von ihnen lediglich 90 000 Pfund im Jahr – für die Milliardenäre ein Trinkgeld. Die non-dom-Regel ist ein spezifisches Steuerschlupfloch für Ultrareiche – darunter eine größere Zahl russische Oligarchen und griechische Reeder.

Argument 5 Und was ist mit den riesigen Griechen-Vermögen in der Schweiz? Die *Welt am Sonntag* berichtete am 15. März: „Varoufakis ist angetreten, die Elite des Landes zur Kasse zu bitten. Doch in Wirklichkeit lässt er sie in Ruhe. Auch die 800 Milliarden Euro griechischen Vermögens rührt er nicht an.“

FaktenCheck:HELLAS Stimmt: 800 Milliarden Euro wären ein fetter Brocken. Bald darauf hieß es allerdings, das griechische Vermögen auf Schweizer Banken belaufe sich auf 80 Milliarden Euro, wovon aber nur ein Teil Schwarzgeld sei. Wie auch immer – in der *Süddeutsche Zeitung* erzählt in ihrer Ausgabe vom 27. März die Geschichte anders und wie folgt: „Im Februar 2014 [also vor 14

Monaten!] schlug die schweizerische Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ihrem damaligen griechischen Finanzministerkollegen vor, un versteuerte Gelder griechischer Bürger in der Schweiz zu suchen und nach Athen zu überweisen. Doch dann passierte lange nichts.“ Die konservative Regierung unter Samaras habe „die Gespräche [mit der Schweiz] nicht weiter verfolgt.“

Jetzt, im März 2015, habe sich die neue griechische Regierung gemeldet, um „die Gespräche über ein bilaterales Steuerabkommen wieder aufzunehmen“ und darüber zu verhandeln „wie die in der Schweiz gelagerten Vermögen nach Griechenland kommen könnten.“

Der Schwarze Peter liegt also auch hier bei der Vorgänger-Regierung in Athen, mit der doch Merkel, Hollande, Juncker und Schäuble ausgesprochen zufrieden waren. Vor allem läge es an der EU und allen Industriestaaten, grundsätzlich gegen Steueroasen vorzugehen. Und diese Oasen liegen ja nicht in Griechenland und sind keine griechischen Inseln, sondern sind EU-Staaten wie Luxemburg und Irland oder Inseln, die zu Großbritannien zählen, aber Sonderstatus haben – eben den von Steuerparadiesen, was ja für die normale Bevölkerung, die entsprechend mehr Steuern zahlen muss, heißt, Steuerhöhlen.¹

¹ Allein die folgenden Inseln gelten als Steueroasen und sind britisches Überseegebiet oder britischer Kronbesitz: Bermudas, Britische Jungferninseln, Kaimaninseln, Gibraltar, Montserrat, Turksinseln, Caicosinseln, Jersey, Guernsey und Isle of Man.

FaktenCheck:HELLAS – BESTELLEN!

FaktenCheck: HELLAS Impressum

FaktenCheck:HELLAS hat acht Seiten. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:HELLAS ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern, in Reisebüros oder auch in Kneipen, z.B. „beim Griechen“

Bezugspreise wie folgt:

– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex. · bei Bestellungen ab 100 Ex: 15 Cent je Ex. · Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Bitte nicht Vorkasse – nur nach Erhalt der Rechnung und mit Rechnungs-Nr.-Angabe bezahlen!

Redaktion Sebastian Gerhardt · Werner Rügemer · Mag Wompele · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)
Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V., An den Bergen 112, 14552 Michendorf
Konto (für Spenden, nicht Vorkasse) BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB
FaktenCheckHELLAS finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen:

bestellen@faktencheckhellas.org

Website: www.faktencheckhellas.org

SOLIDARITÄT – NETZWERKE – INFORMATIONEN – ANALYSEN

Aufruf der Vernetzungsversammlung auf dem Weltsozialforum, 28. März 2015

Bauen wir ein anderes Europa – höchste Zeit zu handeln!

<http://griechenlandsoli.com/2015/04/07/aufruf-des-weltsozialforums-in-tunis/>

Solidaritätsbewegungen

Solidarität ist die Macht der Völker! für eine internationale Solidaritätskampagne mit der griechische Bevölkerung

<http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative>

Aufruf: Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa,

<http://www.europa-neu-begrunden.de/>

Vernetzung von Solidaritätsgruppen:

Vernetzung deutschsprachiger Solidaritätsgruppen:

<http://griechenlandsoli.com/category/soligruppen/>

Netzwerke:

Europäisches Netzwerk Alter Summit: <http://www.altersummit.eu/accueil/article/give-greece-a-chance-261>

Blockupy: <http://blockupy.org/en/>

Transform!: <http://www.transform-network.net/focus/greece-decides.html>

Attac: <http://www.attac.de>, www.attac.at

Informationen; fremdsprachig:

http://www.stokokkino.gr/index_en.php (Griechischer Radiosender: Webseite mit internationalem Teil)

<http://www.thepressproject.net>

<http://cadtm.org/Debt-of-the-Northern-countries,613> (unterstützt die Wahrheitskommission über die griechischen Staatsschulden)

Deutschsprachige Seiten:

<https://griechenlandsoli.wordpress.com/>

<http://www.lunapark21.net/>

<http://www.hintergrund.de/politik/politik-eu.html>

<http://www.nachdenkenseiten.de>

Sand im Getriebe: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>

FaktenCheck: Hellas, 8-seitige Zeitung, April 2015

Fact-Sheet der Linksfaktion in Deutschland, <http://linksfaktion.de/im-wortlaut/troika-verteilt-unten-oben/>

Videos:

Harald Schumann „Macht ohne Kontrolle – die Troika“

<http://www.youtube.com/watch?v=2zzMWcadFE4>

„Die Anstalt“ (31. März); <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/2078314#/kanaluebersicht/2078314> Letzter Beitrag: Reparationen

Wer rettet wen? <http://whos-saving-whom.org/index.php/de/>

Paul B. Kleiser (Hrsg.)

Griechenland im Würgegriff

Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet



Krise und Austerität, Verelendung, Gegenwehr und Selbstorganisation. Mit Beiträgen von Georgia Bekridaki, Paul B. Kleiser, Martin Klingner und Jan Krüger, Paul Michel, Panos Petrou, Dimitris Psarras, Nadja Rakowitz, Karl Heinz Roth, Christos Sideris und Charles-André Udry.

2. aktualis. Auflage, 199 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-89900-139-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721/3 11 83, Mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

Hohes Arbeitstempo

Alexis Tsipras und die ersten 100 Tage seiner Regierung in Athen

Nikos Chilas

Er ist durch nichts zu entmutigen. Fast 100 Tage nach seiner Ernennung zum griechischen Regierungschef zeigt sich Alexis Tsipras völlig zuversichtlich. Möge der griechische Staat auch noch so bankrott sein und die „Institutionen“ – ehemals Troika – mit Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds einen unnachgiebigen Finanzkrieg gegen ihn führen – er bleibt, wie ein Radiokommentator sagte, „cooler als der kühnste Nordeuropäer“.

Diese Coolness zeigte er auch jüngst bei seinem Gespräch mit Angela Merkel in Brüssel am Rande des EU-Sondergipfels für die Flüchtlinge. Dabei ging es um eine für ihn existenzielle Frage: Den Abschluss des inzwischen verlängerten (zweiten) Hilfsprogramms für Griechenland, der die letzte Geldtranche von etwa 7,8 Milliarden Euro für Athen freimachen würde. Der Inhalt des Gesprächs blieb vertraulich, wahrscheinlich hat es auch nicht viel ergeben. Egal: Es hat Tsipras nicht gehindert, sich wieder „optimistisch“ mit Blick auf eine baldige Einigung zu erklären.

Dabei ist der griechische Ministerpräsident kein politischer Naivling. Er weiß sehr wohl, dass er auf Grund der finanziellen Blockade der Gläubiger keine der aufwändigen, angekündigten Projekte realisieren kann. Seine Zuversicht zieht er somit aus einer anderen Quelle: Aus der *Umsetzung von Reformen*, die oft eher wenig und manchmal auch gar nichts kosten. Klar, dass man derzeit nicht alle Reformen auf einmal und diese schon gar nicht im ursprünglich geplanten Umfang realisieren kann. Aber die schon realisierten stoßen – trotz der hysterischen Polemik der sogenannten „systemischen Massenmedien“ – auf eine deutliche Zustimmung bei einem Großteil der Bevölkerung. Dies verfestigt den Wahlerfolg des 25. Januar und gibt ihm begründete Hoffnung für weitere Erfolge.

In der Tat: In den letzten sechs Wochen ist auf seine Veranlassung eine Flut von Gesetzen von den Regierungsparteien, der linken Syriza und der rechtspopulistischen Anel, beschlossen worden, die die Struktur des Landes allmählich verändern. Zahlreiche Ministerialdekrete lindern zudem die Auswirkungen der Sparpolitik der Troika bzw. sie heben die ungerechten Handlungen der vorherigen Regierung auf. Die wichtigsten davon:

Im Sozial- und Gesundheitsbereich

- Das Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise. Menschen mit sehr niedrigen Einkommen erhalten kostenlosen elektrischen Strom und Zuschüsse zur Miete sowie eine elektronische Karte für den Einkauf von Lebensmitteln in den Supermärkten. Der Einkaufsbetrag bewegt sich, je nach der finanziellen Lage derjenigen, die im Besitz einer solchen Karte sind, zwischen 70 und 220 Euro monatlich.
- Der Patientenbeitrag von 5 Euro für jeden Besuch in den Gesundheitszentren und den Spitälern ist durch ministeriellen Erlass abgeschafft worden
- Angekündigt wurde die sofortige Neueinstellung von 4500 Personen

in den öffentlichen Gesundheitsdienst (siehe ausführlich S. 4/5).

Im Wirtschafts- und Arbeitsrechtbereich

- Das Gesetz für die Regelung der Schulden an die Steuerbehörde und die staatlichen Kassen. Die Schuld kann nun in 100 Raten beglichen werden, die Geldbußen werden ersatzlos gestrichen, der Zins für die Restschuld wird auf das Minimum von 3% jährlich festgesetzt und auf Null Prozent bei Schulden bis 5000 Euro
- Die Achillesferse des Gesetzes: Es gilt unterschiedslos für alle – für Arme und Reiche, für Klein- und Großschuldner. Die erkennbare Absicht – so schnell und so viel wie möglich Geld den staatlichen Kassen zuzuführen – wird dadurch verschattet: Der Regierung wird vorgeworfen, auf diese Weise auch „die Superreichen und Oligarchen“ – so ein SPD Abgeordneter – zu begünstigen, statt sie, wie im Wahlprogramm versprochen, zur Kasse zu bitten. Inzwischen hat allerdings die stellvertretende Finanzministerin Nadia Valavani die Nachbesserung des Gesetzes zuungunsten der Millionäre angekündigt (siehe auch S. 2).
- Das Gesetz für die Rückkehr zu den Kollektivverhandlungen wird bereits in der zuständigen Parlamentskommission behandelt. Dabei ist auch die zweistufige Anhebung des Mindestlohnes von 586 Euro heute auf 750 Euro monatlich im Jahre 2016 vorgesehen. Mit demselben Gesetz wird ein Steuersatz von 26% auf sogenannte „Dreieck-Transaktionen“ eingeführt: Gemeint sind damit Einfuhren, die die multinationalen Unternehmen und Handelsketten über dritte Länder tätigen.
- Das Gesetz für die öffentliche Verwaltung, das einen radikalen Abbau der Bürokratie vorsieht.
- Die Wiedereinstellung von tausenden zu Unrecht entlassenen Bediensteten im öffentlichen Dienst – darunter die etwa 600 Putzfrauen des Finanzministeriums und anderer Regierungsstellen.

Im Justizbereich

- Das Gesetz für die Humanisierung der Gefängnisse, das unter anderem die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte vom Typus C sowie die Verwandlung der Gefängnisstrafe in Hausarrest für Gefangene mit mehr als 80% Invaldität vorsieht. Das Gesetz hat den Zorn der USA hervorgerufen, weil sich unter den Begünstigten auch zwei ehemalige Terroristen befinden, die in den siebziger und achtziger Jahren Beamte des amerikanischen Geheimdienstes in Athen ermordet hatten.

Im Medienbereich

- Das Gesetz für die Neueröffnung der ERT, der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalt. Diese war am 11. Juni 2013 von der vorherigen Regierung geschlossen

und nach wochenlanger Pause von einem Rundfunk-Surrogat ersetzt worden. Der Vorfall hat damals internationales Aufsehen erregt, nicht nur wegen der putschartigen Schließung, sondern auch wegen eines weltweit einmaligen Experiments im Bereich der Massenmedien: Ein großer Teil der Belegschaft führte fünf Monate lang in Selbstverwaltung den Betrieb fort – bis ein Sonderkommando der Polizei dem Experiment ein Ende setzte.

Der Pferdefuß: Das neue ERT-Gesetz berücksichtigt weder die internationalen demokratischen Standards im Bereich des öffentlichen Rundfunks, noch die Erfahrungen der Selbstverwaltung in Griechenland. Überdies erhebt es den für die Massenmedien zuständigen Minister zum „Zaren“ der neueröffneten Anstalt.

Im Erziehung- und Kulturbereich:

- Das Gesetz für die Schulen und Hochschulen. Es bringt eine weitgehende Demokratisierung vor allem der Hochschulen mit der Wiedereinführung der Studentenbeteiligung an der Wahl der Rektoren, etc. Dazu stellt er das sogenannte Hochschul-asyl wieder her, das als wesentliche demokratische Errungenschaft galt, von der vorgängigen Regierung aber praktisch abgeschafft wurde. Der Nachteil des Gesetzes: Es ist nicht das Ergebnis einer methodischen Analyse der neugriechischen Gesellschaft unter den Bedingungen der Krise und erfüllt daher mit eher alten Rezepten ihre laufenden Bedürfnisse.

Mangel an Erfahrung und Vorbereitung, amateurhaftes Handeln, vermeidbare Fehler, unnötige Staatsausgaben, wie die 500 Millionen Euro für die Modernisierung von Militärflugzeugen: Das sind nur einige der Schwachstellen der von der Syriza-Partei angeführten Regierung. Der unablässige Druck der Gläubiger schafft zudem einen finanziellen Notstand, der droht, sich zum staatlichen Notstand auszuwachsen.

Doch Tsipras bleibt cool. Statt mit Notstandsgesetzen antwortet er mit demokratischen Reformen. Und das ist das, was hauptsächlich seine ersten 100 Regierungstage kennzeichnet.

Der Autor lebt in Berlin und Athen. Er ist Deutschlandkorrespondent der griechischen Zeitung „To Vima“.

Griechenland – und unsere Verantwortung in Betrieben und Gewerkschaften

Wolfgang Räsche

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Aufruf „Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“, der von allen Gewerkschaftsvorsitzenden und von den Vorständen der Gewerkschaften unterzeichnet wurde, macht noch einmal die Position und die Kritik der Gewerkschaften deutlich, dass die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanzielle Hilfen für Griechenland gewährt wurden, von Anfang an nicht die Bezeichnung „Reform“ verdient hatten. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet, die kamen gar nicht bei den Menschen an. Die Banken wurden mit dem Sparpaket gerettet, aber nicht die Menschen.

Die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Griechenland sind von 2008 bis 2012 um ein knappes Viertel gesunken und für fast die Hälfte des Rückgangs sind Lohnkürzungen verantwortlich. Bei der unteren Einkommenshälfte stieg die Steuerlast im Verlauf der Krise um 337 Prozent. Bei der oberen Hälfte nahm sie dagegen um nur 9 Prozent zu. Insgesamt hat 2012 fast jeder dritte griechische Haushalt mit einem Jahreseinkommen von weniger als 7000 Euro auskommen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überprüft das mal für Euch selber. Das sind weniger als 580 Euro im Monat und nicht pro Person, sondern pro Haushalt und die Preise sind in Griechenland nicht anders als bei uns. Die ärmsten Haushalte haben fast 86 Prozent ihrer Einkommen verloren, die reichsten nur 17 bis 20 Prozent.

Der Binnenkonsum ist bereits komplett abgewürgt. Durch die hohe Arbeitslosigkeit sinken zudem die Steuereinnahmen. Wenn sich an den rigiden Sparmaßnahmen nichts ändert, dann wird sich das Land zu Tode sparen – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Ein Beispiel ist das Gesundheitswesen. Seit die Krise das Land im Griff hat, ist die Säuglingssterblichkeit um 43 Prozent gestiegen. Massenweise wurden Ärzte und Krankenschwestern entlassen. Lebensrettende Medikamente fehlen.

Ja, Griechenland hatte eine Mitschuld an der Krise im eigenen Land – Korruption, Vetternwirtschaft, Bürokratie-Wahnsinn. Reiche und Superreiche die keine Steuern zahlen – all dies muss die neue Regierung angehen. Aber dass am Ende die bezahlen müssen, die am wenigsten dafür können, dürfen wir einfach nicht zulassen! Von daher ist der Hinweis von Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass es keinen Vorwand geben darf, „die unangenehmen Entscheidungen, die man treffen muss, nicht zu treffen“, gerade im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen in Griechenland menschenverachtend. Denn eins ist klar: in Griechenland sterben Menschen, weil sie sich die Behandlung beim Arzt nicht mehr leisten können.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, als die Troika das letzte Mal vor dem Regierungswechsel in Griechenland war, zeigte sie sich noch „zufrieden“ – das war sicherlich dem Wahlkampf gegen Syriza geschuldet, aber heute muss man sich schon fragen: zufrieden womit? Damit, dass es in Griechenland wieder Malaria-Tote gibt? Oder zufrieden mit der Verdreifachung der Selbstmordrate, die jahrelang die niedrigste in Europa war? Ist die Troika vielleicht zufrieden mit der Arbeitslosenquote von 27 Prozent? Oder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 70,6 Prozent in der griechischen Region Mazedonien? Ist die Troika zufrieden damit, dass Eltern ihre Kinder in SOS-Kinderdörfern abgeben, weil sie sie nicht mehr ernähren können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die aktuelle Situation in Griechenland, die tagtäglich zu Toten führt und von daher war es richtig von Syriza, als erstes ein Gesetz mit Maßnahmen gegen die Armut zu beschließen. Als Gewerkschafter können wir feststellen – sie sind auf dem richtigen Weg und wir sollten ihnen nun auch die notwendige Zeit geben. Was auf keinen Fall passieren darf: Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein „Weiter so“ darf es aus Sicht der Gewerkschaften nicht geben!

Wolfgang Räsche ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter-Peine. Es handelt sich bei dem Text um einen Auszug aus einer Rede, die er am 25. März auf der Betriebsversammlung von VW-Salzgitter hielt.

Wenn man Lehren aus der Weimarer Zeit ziehen will, dann darf man ganze Völker nicht in eine solche katastrophale Lage laufen lassen, dass nur noch die rechten Rattenfänger davon profitieren. Ich habe manchmal den Eindruck, man behandelt die Griechen jetzt ganz besonders hämisch, weil es sich um eine linke Regierung handelt. Damit soll wohl ein abschreckendes Exempel statuiert werden, damit nicht im Herbst auch noch die Spanier in diese Richtung gehen. Nicholas Vrousalis, www.opendemocracy.net, 24.3.2015

Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen, ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, in: taz/tageszeitung vom 19. März 2015.

// STOP // Kahlschlag im Troika-Auftrag – Griechenlands Gesundheitssektor // STOP // Kahlschlag im Auftrag des deutschen Gesundheits-

Gesundheit als Ware

Wie die Neoliberalen der EU und der griechischen Regierungen den Kollaps des öffentlichen Gesundheitswesens in Griechenland herbeiführten

Katarina Notopoulou



Fotos diese und folgende Seite: Iakovos Hatzistavroun iakovos@eexi.gr

Das Recht auf Gesundheit ist das Recht, das in den letzten fünf Jahren in Griechenland am schärfsten verletzt wurde. Es gibt inzwischen eine Menge an wissenschaftlichen Studien, die belegen, dass Massenarmut, Arbeitslosigkeit und die Deregulierung von Arbeitsbedingungen krank machen und auch Tod zur Folge haben: Die Zahl der Selbstmorde steigt, es gibt immer mehr so genannten „soziale Pathologien“ (Drogenmissbrauch, Alkoholismus, interfamiliäre Gewalt usw.). Aber nicht nur das: Sie führen auch zu einem Anstieg der Mortalität und dem tödlichen Ausgang von Krebserkrankungen, zu Herzproblemen und Infektionskrankheiten.

Das öffentliche Gesundheitswesen in Griechenland ist durch die Maßnahmen der Austeritätspolitik kollabiert. Das Recht auf freie und offen zugängliche medizinische Versorgung ist für den größten Teil der Bevölkerung abgeschafft. Menschen ohne Krankenversi-

cherung – inzwischen rund ein Drittel der Bevölkerung – sind gezwungen, die kompletten Kosten für ihre medizinische Versorgung, Arzneimittel und Untersuchungen selbst zu bezahlen. Menschen mit Krankenversicherung sind gezwungen, einen großen Teil der Kosten, die nicht von der Versicherung gedeckt werden, ebenfalls selbst zu zahlen.

Das öffentliche Gesundheitswesen wurde in Griechenland 1980 von der sozialdemokratischen PASOK eingerichtet. Trotz seiner Schwächen und Inkonsistenzen (sehr zentriert auf Arzneimittel, mit Korruption verbunden etc.) garantierte es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes freien Zugang zur kompletten medizinischen Versorgung. Dennoch hatte es vor der Krise mit vielen Problemen zu kämpfen: Laut einer offiziellen Untersuchung waren besonders diejenigen Menschen sehr viel unzufriedener, die die ambulante Versorgung des Krankenhauses in Anspruch nahmen im

Vergleich zu den stationär Behandelten. Die ambulante Versorgung durch die Krankenhäuser wurde oft als „schlecht“, manchmal sogar als „tragisch“ angesehen. Viele Patienten waren unzufrieden darüber, dass es keine Information am Empfang der Krankenhäuser gab. Ein großes Problem waren die Wartezeiten bei den Notaufnahmen, die grundsätzlich länger als eine Stunde waren.

Das Phänomen von langen Wartezeiten fand man aber auch im ambulanten Sektor. Es verging manchmal Monate von der Terminvergabe bis zum tatsächlichen Behandlungstermin. Dies ließ auch die Korruption in diesem Bereich wachsen: Sowohl Ärzte als auch anderes Personal ließen sich bestechen für eine frühere Terminvergabe. Wir müssen zugeben, dass Korruption ein zentrales Problem im öffentlichen Gesundheitswesen war, das in dem Jahrzehnt vor der Krise zu einer Parallelökonomie im Gesundheitswesen führte. Es war aber „nur“ ein wichtiges Problem, nicht die Regel. Wir betonen das deshalb, denn die Korruption ist das Hauptargument für die Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Aus der Sicht des Personals waren außerdem die niedrigen Einkommen der Pflegekräfte sowie die ungenügende technische und bauliche Ausstattung große Probleme. Schließlich wurde in den letzten Jahren aufgedeckt, dass die öffentlichen Versicherungen für private Dienstleistungen viel zu viel bezahlt haben; konkret haben sie zwei bis drei Mal mehr als die realen Kosten bezahlt, wenn sie mit privaten Dienstleistern im

In Griechenland gab es seit Beginn der Troika-Maßnahmen einen Abbau der Aufwendungen für Gesundheit um mehr als die Hälfte – bei massiv gestiegenem sozialen Elend, was immer auch heißt, bei massiv verschlechtertem allgemeinem Gesundheitszustand. Ein Drittel der Menschen im EU-Staat Griechenland sind inzwischen ohne Krankenversicherung – drei Mal mehr als vor Einsatz der Troika-Maßnahmen. Doch der Zuchtmeister Schäuble fordert „das uneingeschränkte Ja

Gesundheitssektor kooperierten. Deshalb haben sie so hohe Schulden und können auch das Notwendige nicht mehr abdecken.

Auswirkungen der Memoranden

Neoliberale Politikstrategien im Gesundheitswesen führten bereits in den 1990er Jahren zu einer langsamen Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens. Mit den Memoranden implementierte die griechische Regierung nun eine *Politik der totalen und kompletten Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens*. Dies lässt sich in folgende Phasen einteilen:

Phase 1 – Januar bis September 2010: Es gab eine 60-prozentige Kürzung des Budgets für die laufenden Betriebskosten des öffentlichen Gesundheitswesens. Danach funktionierte kaum noch etwas richtig. Außerdem wurden nun in öffentlichen Krankenhäusern auch private medizinische Dienste angeboten, für die die Patienten bezahlen müssen.

Phase 2 – September 2010 bis April 2011: Die PASOK-Regierung mit dem Gesundheitsminister Loverdos machte den Versuch, Geld einzutreiben, indem ein „Eintrittsgeld“ von drei Euro für Krankenhäuser erhoben wurde, das schnell auf fünf Euro anstieg (*dies ist als erstes von der SYRIZA-Regierung wieder abgeschafft worden, die Red.*). Zum ersten Mal in der Geschichte ist der Zugang zur medizinischen Versorgung im öffentlichen Gesundheitswesen durch eine gesetzliche Änderung nicht mehr offen und frei für jeden: Menschen mit Krankenversicherung sollen einen Teil der Kosten der Behandlung und der Medikamente selbst übernehmen; Men-

schen ohne Versicherung müssen die kompletten Kosten für Untersuchungen, Medizin etc. selbst übernehmen. Praktisch bedeutet das, dass sie vom öffentlichen Gesundheitswesen ausgeschlossen sind, denn sie können die großen Geldsummen nicht bezahlen. Dies trifft in Griechenland mehr als drei Millionen Menschen ohne Krankenversicherung, rund ein Drittel der Bevölkerung, darunter Arbeitslose, Migranten ohne Papiere, Selbständige, die – bedingt durch die Krise – ihre Versicherung nicht mehr bezahlen können.

Phase 3 – Mai bis Oktober 2011: 137 Krankenhäuser wurden zusammengeführt auf 83 – ohne irgendwelche wissenschaftliche oder gesundheitspolitische Kriterien; 4500 Betten wurden abgebaut. Psychiatrien und Einrichtungen für Drogenabhängige werden geschlossen. Damit machte die Regierung deutlich, dass sie kein Interesse daran hat, sich um besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen zu kümmern.

Phase 4 – November 2011 bis Januar 2015: Es gab eine ideologische und organisatorische Angleichung des öffentlichen und des privaten Gesundheitssektors, die deutlich wurde an der Überlassung von 556 gut ausgestatteten Betten des öffentlichen Gesundheitsdienstes an private Versicherungen für deren Versicherte. Es kam zu einem gewaltigen Anstieg der diagnostischen und therapeutischen Kosten im Krankenhaus. Das bedeutet sozialer Ausschluss oder den Tod für die Unversicherten und den Zusammenbruch der Krankenversicherungen in Folge ihrer Verluste sowie der Kürzung der öffentlichen Mittel.

All dies hatte für die neue Versiche-

Neue Regierung

Mit dem Regierungswechsel sollte sich im Gesundheitssektor schnell einiges ändern. Die Regierung Tsipras hat sich zum Programm gemacht, die humanitäre Krise zu bekämpfen. Demnach ist es zentrale Aufgabe, den Ausschluss der Mehrheit der Bürger vom Zugang zu Gesundheit zu stoppen und sich für ein öffentliches, kostenloses, qualitativ hochwertiges und für jeden Bürger zugängliches Gesundheitssystem einzusetzen. Hierfür soll der Fluss von Mitteln aus dem öffentlichen Bereich in den privaten Sektor gestoppt werden, zusätzlich Arbeitskräfte eingestellt und Investitionen getätigt werden. Gleichzeitig sollen die Verwaltungen wieder funktionstüchtig werden. Eine weitere Priorität stellt der Kampf gegen Korruption im Gesundheitswesen dar.

Konkrete erste Schritte verkündete der neue Gesundheitsminister Kouroumplis im griechischen Parlament: Die 5 Euro Gebühr für den Zugang ins Krankenhaus und für medizinische Untersuchungen,

sowie ein Euro extra pro medizinische Verordnung in den Apotheken wurden abgeschafft. Bis April sollten 1000 Ärzte im Krankenhausbereich eingestellt und Stellen für 900 weitere Ärzte ausgeschrieben werden.

Der stellvertretende Gesundheitsminister Andreas Xanthos schlug Anfang April vor, dass alle Unversicherten, deren jährliches Einkommen weniger als 12 000 Euro beträgt, ein Versicherungs-Heft von der zuständigen Gemeinde bekommen sollen, mit dem sie Zugang zu allen Ebenen des öffentlichen Gesundheitswesens erhalten: Sie sollen ins Krankenhaus gehen, Arzneimittel und alle verschriebenen Untersuchungen bekommen können. Diese Maßnahmen sollten in Kürze beschlossen werden. Das weitere Ziel der Regierung ist die Wiederherstellung des staatlichen Gesundheitswesens, das in den 80er Jahren gegründet und das in der Krise abgebaut wurde. Die EU sieht in diesen Maßnahmen eine „Abkehr vom Reformkurs“.

Von Nashörnern zu Menschen

Ich muss bei der Entwicklung meines Landes in der nunmehr fünfjährigen Krise an ein Stück von Eugène Ionesco denken. Es heißt: „Die Nashörner“. Darin beschreibt Ionesco eine kleine Stadt, in der sich alle Menschen nach und nach in Rhinocerosse verwandeln. Sie werden entmenschlicht und arrangieren sich mit dem neuen animalischen Dasein. Das Stück endet mit dem inneren Kampf von Behringer – dem letzten Mann, der noch Mensch geblieben ist. Bei uns ist es umgekehrt. Seit Jahren hatten sich viele in Griechenland in Nashörner verwandelt. Doch nun werden mehr und mehr von ihnen durch die große Not wieder Menschen.

Georgios Baliakas ist Lehrer und Schauspieler am Theater der kleinen griechischen Stadt Katerini am Fuß des Olymp. Er ist aktiv bei der unabhängigen Bürgerbewegung „O topos mou“ („Mein Ort“). Zitiert nach: Süddeutsche Zeitung vom 11. November 2014

ministeriums // STOP // Griechenlands kranker Gesundheitssektor // STOP // „Statt Skalpell Operation mit Schlachtermesser“ // STOP //

Griechenlands zu weiteren Reformen“, also ein „Weiter so“ auf dem neoliberalen Weg, wo Gesundheit das Privileg der Reichen ist. **FaktenCheck:HELLAS** dokumentiert die gezielt herbeigeführte Zerstörung des griechischen Gesundheitssektors, die deutsche Hilfe bei dieser „Operation mit dem Schlachtermesser“ (so ein Ex-Gesundheitsminister Griechenlands) – und die bewundernswerten Selbsthilfefaktionen der „solidarischen Praxen“.

rungsorganisation EOPYY¹, die durch die Vereinigung aller bestehenden Versicherungsorganisationen entstand war, erhebliche negative wirtschaftliche und betriebliche Auswirkungen. EOPYY erhielt nur die Hälfte der Gelder, die die vorherige Versicherungsorganisation IKA erhalten hatte. Die Auswirkungen waren schnell erkennbar: Es kooperierten deutlich weniger Ärzte mit EOPYY, die Bürokratie wuchs und die Arbeitsweisen waren einengend und unwissenschaftlich. Phase 5 vollzog sich 2013/2014. Es kam zu weiteren Veränderungen in der Grundversorgung Griechenlands. Die von der griechischen Regierung als „Wiederherstellung“ bezeichneten Grundversorgungsdienste (PHS) beendeten endgültig das schon problematische und geschwächte System einer öffentlichen, kostenlosen Gesundheitsversorgung in Griechenland. Die letzten Reste des öffentlichen Gesundheitssystems wurden eingerissen. Der gesamte Bereich der Grundversorgungsdienste wurde in den „freien Markt“ überführt. Im Rahmen der Transformation von EOPYY wurden Tausende von Ärzten und medizinischem Personal zunächst als „verfügbar“ gekennzeichnet und anschließend ganz aus dem öffentlichen Sektor entlassen – wie von der Troika gefordert.²

Für die Vertreter des Memorandums

¹ EOPYY ist der Einheitliche Träger für Gesundheitsleistungen des öffentlichen Gesundheitssystems in Griechenland.

² Unter der Samaras-Regierung kam es, nach einem Monat massivem sozialen und politischen Druck – dazu, dass formal der Ausschluss von Unversicherten aus dem öffentlichen Gesundheitssystem beendet wurde. Dies war ein wichtiger positiver Schritt, der der solidarischen Bewegung im Gesundheitswesen geschuldet war. Das Hauptproblem war jedoch: Es gab dafür keine zusätzlichen Gelder. Die tägliche Situation wurde für die Menschen schlimmer und schlimmer.

Seit 2012 ist das deutsche Gesundheitsministerium (BMG) – von vielen unbemerkt – offizieller „Domain Leader“ für Strukturreformen im griechischen Gesundheitssystem. Das gesundheitspolitische Memorandum of Understanding (MoU) wurde im April 2012 zwischen dem griechischen Gesundheitsministerium, dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der von der Europäischen Kommission eingesetzten Task-Force Griechenland unterzeichnet. Hierin wurden drei zentrale Bereiche benannt, in denen grundlegende Veränderungen erreicht werden sollen: Arzneimittelpolitik, die Einführung von Fallpauschalen in der stationären Versorgung und die Organisation des neu geschaffenen Krankenversicherungsträgers EOPYY.

Es geht jetzt darum, die „Chancen im Interesse der Patienten zu nutzen“, erklärte der damalige Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) anlässlich der Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding (MoU) im April 2012“. Wie ernst es dem BMG mit den „Interessen der Patienten“ ist, lässt sich leicht an seinen Aktivitäten nachvollziehen: Obwohl

in der Regierung blieb Gesundheit eine Ware, die es zu managen gilt, weshalb der private Sektor damit betraut wurde. Die Ergebnisse dieser Politik sind in den täglichen Tragödien sichtbar.

Katarina Notopoulou ist arbeitslose Psychologin und engagiert sich in der Sozialen Klinik der Solidarität in Thessaloniki. Sie ist Mitglied des ZK von Syriza. Der hier wiedergegebene Text stellt eine gekürzte und leicht aktualisierte Fassung eines Artikels von K. Notopoulou dar, der im Herbst 2014 in der Griechenland-Sonderausgabe der Zeitschrift des Vereins demokratischen Ärztinnen und Ärzte erstmals veröffentlicht wurde. Titel der äußerst informativen Broschüre mit 44 Seiten: „Austerität – tödliche Medizin für Griechenlands Gesundheitssektor“. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Nadja Rakowitz. Bestellmöglichkeit über die Website des Vereins: www.vdaea.de



Deutsch-griechisches Doppel

Harald Weinberg

im MoU die „Verwaltung, Organisation, Pflichten und Zuständigkeiten der Staatlichen Organisation für Gesundheitsdienstleistungen (EOPYY)“ als einer von drei Schwerpunktbereichen festgelegt wurde, waren die gut 30 Prozent Nicht-Krankenversicherten für das BMG kein Thema. Auf die Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung Griechenland vorschlägt, um den über drei Millionen GriechInnen, die nicht mehr krankenversichert sind, schnellstmöglich wieder einen Zugang zum Gesundheitssystem zur Verfügung zu stellen, antwortete die Bundesregierung im Oktober 2012, dass man sich bei der „Unterstützung auf die im MoU vereinbarten Schwerpunktthemen“ konzentriere.²

In diesem Sinne erfolgte in Griechenland der im Artikel von Katarina Notopoulou beschriebene systematische Rückzug des Staates aus der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen und die Übergabe an Großunternehmen – ganz im Sinne des BMG, in einigen Grundzügen auch

der Entwicklung in Deutschland folgend bzw. diese radikalisierend. Selbst der auf Anweisung der Troika 2011 geschaffene einheitliche öffentliche Versicherungsträger EOPYY hat unter dem Gesichtspunkt der Privatisierung seine Aufgabe erfüllt: Die öffentliche Finanzierung des Gesundheitssystems ist nachhaltig demontiert und delegitimiert. Wer braucht eine öffentliche Krankenversicherung, die bei Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken als weitgehend zahlungsunfähig gilt? Es liegt nahe, mindestens eine private Zusatzversicherung abzuschließen, wenn permanent Leistungen eingeschränkt werden und die Selbstbeteiligung immer weiter steigt. Im Ergebnis rollen private Versicherungsunternehmen derzeit den griechischen Gesundheitssektor auf.

Diese Entwicklung ist im Sinne des BMG. So machte das Berliner Ministerium in der erwähnten Antwort auf unsere Kleine Anfrage das Fehlen von „wettbewerblichen Elementen (keine freie Wahl der

Krankenversicherungsträger möglich)“ als eines der „Hauptprobleme von EOPYY“ aus. Offensichtlich ging es bei den „Reformen“ im griechischen Gesundheitssystem, die das BMG anleitet bzw. anleitete, nicht um eine verbesserte Versorgung, sondern ausschließlich um unternehmerische Profite und die Schaffung von (Gesundheits-) Märkten.

Dieser Umbau des Gesundheitssystems verstößt dabei auch gegen die Grundrechtecharta der EU. Dort heißt es in Artikel 35: „Jede Person hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. Bei der Festlegung und Durchführung aller Politiken und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.“ Die Troika, und in ihrem Schlepptau das BMG, beschränken jedoch mit ihrer Politik diesen „Zugang zur medizinischen Versorgung“. Eine prägnante Beschreibung dieser Politik

berichtet). Alleine die große Praxis in Elliniko/Athen hat 20000 Kranke im Jahr 2013 behandelt. Dabei muss man wissen, dass sich die Lage danach noch einmal dramatisch zugespitzt hat – unter anderem deshalb, weil nun auch viele Menschen, die noch eine Krankenversicherung haben, in die Solidarischen Praxen kommen, weil sie sich die Zuzahlungen nicht leisten können oder weil sie vom staatlichen Krankenhaus geschickt werden, das keine Medikamente mehr für Krebskranke hat...

Wie die Aktiven in diesen Praxen immer wieder betonen, arbeiten sie formal illegal, da sie keine Zulassung zur Patientenversorgung haben. Anfangs wurden sie deswegen auch von der öffentlichen Ärztekammer und dem Staat kritisiert und bekämpft. Angesichts der Misere werden sie inzwischen aber geduldet, denn ohne diese Praxen und die Arbeit der dort Engagierten würden noch viel mehr Menschen in Griechenland leiden und sterben als dies ohnehin der Fall ist. Die Aktiven in den Praxen begreifen ihre Arbeit als eine Form des politischen Widerstands – nicht nur – gegen die Austeritätspolitik, sondern gegen jede Politik der Ungleichheit, die sich im Gesundheitswesen immer besonders drastisch zeigt.

Und die Aktiven in den solidarischen Praxen beweisen inzwischen bereits über einige Jahre hinweg, dass demokratische Selbstorganisation möglich und überhaupt die sinnvollste Art zu arbeiten ist. Und das, obwohl sich diese Menschen sicher politisch oft nicht einig sind – das war vor der Regierungsübernahme bei der Positionierung gegenüber SYRIZA so und das wird jetzt auch nicht anders sein. Diese Konflikte werden aber der gemeinsamen Sache der medizinischen Versorgung von armen Menschen nachgeordnet.

Vielleicht zeigt sich hier, dass gerade in der medizinischen Versorgung von kranken Menschen aus deren innerer Logik

heraus etwas angelegt ist, was kapitalistischer Herrschaft und Ungleichheit widerspricht? Auf jeden Fall sind dies – mitten in der schwersten Krise – beeindruckende Beispiele von praktischem Widerstand, der mit enormer Kraftanstrengung geleistet wird und von dem wir uns mehr als ein Scheibchen abschneiden können.

Die Autorin arbeitet am Institut für Medizinische Soziologie in Frankfurt am Main und in der Redaktion des »express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Harald Weinberg ist Soziologe und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

Anmerkungen:

¹ Siehe: www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/presse/pressemitteilungen/2012-02/hilfe-fuer-griechisches-gesundheitswesen.html (25.08.2014) – hier kann auch das MoU abgerufen werden.

² Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Drohende humanitäre Krise im griechischen Gesundheitssystem und das Engagement des Bundesministeriums für Gesundheit“, Bundestags-Drucksache 17/10794, S. 7, in: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/107/1710794.pdf> (28.08.2014)

Ich lade Euch nach Griechenland ein! Verschafft Euch ein eigenes Bild!

Ein persönlicher Brief an meine Freundinnen und Freunde in Deutschland

Dorothee Vakalis

Ihr Lieben,

einige von Euch fragen mich, wie es mir als Frau mit einem deutschen Pass zurzeit in Griechenland geht: „Musst du als Deutsche viel von dem Hass der Griechen auf die Deutschen einstecken? Müssen wir uns Sorgen um Dich machen? Kann man noch nach Griechenland reisen?“

Vielleicht sollte ich Euch von meinem Leben in Griechenland erzählen? Von einem Leben als Auswanderin, als deutschsprachige Heiratsmigrantin seit 40 Jahren – eine unter 50 000 oder mehr in diesem Land.

Ja, es war in den letzten 40 Jahren noch nie so verhärtet zwischen unseren Ländern wie gegenwärtig. Es gab immer mal Spannungen, zum Beispiel im Kosovo-Krieg, als sich deutsche Frauen in Thessaloniki in einem Brief gegen die Invasion der NATO wandten und damit zwischen zwei Stühlen saßen. Als die „Bild“-Zeitung und andere zu Beginn der Krise angingen, von den faulen und gierigen Griechen zu schreiben – übrigens, diese Bilder wurden von den Nazis verbreitet, nachdem sie den Widerstand der Griechen während der Besetzung zu spüren bekamen.

Auch in Griechenland hört man Stimmen: „Alle Deutschen haben den Faschismus im Blut!“ Was heute an Stimmungsmache, an Häme da ist, hat einen neuen Grad erreicht: Es ist eine durch und durch asymmetrische Beziehung geworden, vor allem in der offiziellen Kommunikation. Es geht um knallharte finanzielle Interessen. Um eine Unterordnung der Schuldner unter die Gläubiger. Meine drei Freundinnen, die von Thessaloniki nach Berlin gezogen sind, erzählen mir, wie sie angegriffen werden, wenn sie von Griechenland erzählen. Wie sie mit Vorwürfen und auch Falschmeldungen über die Griechen überhäuft werden und das nicht mehr aushalten. „Ich bin in Deutschland ganz krank geworden!“, sagte mir neulich eine von ihnen.

Das ist eine Art von psychischer und materieller Gewalt, der ein striktes „NEIN, so geht es nicht!“ folgen muss.

Nein, so geht es nicht:

- dass die humanitäre Krise in Griechenland auf der Tagesordnung der Mächtigen gar nicht vorkommt
- dass die 1,5 Millionen Arbeitslosen und ihre Familien ohne geglichen



- dass die Alten ihre gekürzten Renten mit den Jungen teilen müssen
- dass die Bestausgebildeten der jungen Leute – geplant! – ins Ausland geholt werden
- dass die Praxen der sozialen Initiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den Ansturm nicht mehr bewältigen können
- dass Menschen, die seit Generationen als Handwerker, Angestellte oder Selbständige gut für ihr Auskommen sorgen konnten, nun bei den Armenspeisungen der Kirchen und einiger Kommunen anstehen müssen
- dass viele zu Hungerlöhnen arbeiten (2 Euro pro Stunde und weniger sind keine Seltenheit) und damit ihre Familien nicht ernähren können

→ dass 60 Prozent der jungen Menschen ohne jede Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in den Dörfern und Städten herum hängen.

„Griechenland ist selbst schuld an seinen Schulden. Es liegt an den Griechen, den Staat und die Schulden in Ordnung zu bringen!“ Dies sagt Herr Schäuble. Wir, die wir hier im Land leben, wissen und erfahren am eigenen Leib, wie ineffektiv die Verwaltung des Staates oftmals ist. Wir wissen, dass es im Land Ausbeuter und korrupte Strukturen und Schmarotzer gibt, dass viele auf Pump leben. Aber warum fällt Herrn Schäuble das jetzt ein? Warum wurden die Regierungen der letzten Jahrzehnte nicht gezwungen, mehr Gerechtigkeit und soziale Teilhabe zu praktizieren? Warum wurde die grenzüberschreitende Korruption nicht gemeinsam verfolgt? Warum wurde eine Angst verbreitende Wahlunterstützung für Samaras & Co. gegeben?

Was steckt dahinter, dass man der neuen Regierung, die superschnell in die Startlöcher gekommen ist, nicht zumindest eine allererste Chance einräumt, den Staat in Ordnung zu bringen, die humanitäre Krise zu lindern? Dass ihr nicht dabei hilft, die Steuerhinterzieher international zu fassen?

In Griechenland kann ich überall diskutieren, im Bus, in den Geschäften, bei Freunden und Kollegen und unter uns deutschsprachigen Frauen. Ich habe das Gefühl, dass wir die Ursachen der Krise beim Namen nennen können, dass es dabei um Strukturen der Ungerechtigkeit geht, um Reiche gegen Arme. *Das ist Kapitalismus pur, so einfach ist das!*

Vielleicht ist es das Einzige, das die neue Regierung bisher wirklich erreicht hat, dass ein breiter öffentlicher Diskurs geführt wird über die Finanzkrise, die Schulden, die EU, den Euro. Und ich sehe, dass Menschen sich gegenseitig erzählen, wie sie versuchen, über die Runden zu kommen, einige schaffen es, neue Wege zu gehen – in NGOs, in Kooperativen, in Bewegungen

gegen die Privatisierung des Wassers, gegen Faschismus und Rassismus. Wir ermutigen uns gegenseitig, zu widerstehen, wenn autoritäre Strukturen sich auch in den neuen Bewegungen breit machen. Und doch bleibt auch die Angst vor der Zukunft, vor der eigenen und der unserer Kinder und Enkelkinder. Das lässt mich schlecht schlafen.

Wenn Ihr wirklich verstehen wollt, was in diesen Zeiten abläuft, dann kommt nach Griechenland, dann macht hier Urlaub, dann sprecht mit den Menschen und stellt Eure Fragen. Besucht die alternativen Geschäfte, die Kooperativen von netten Cafés und gemütlichen Tavernen, die bunten Tauschmärkte, schaut Euch die sozialen Kliniken und Flüchtlingsinitiativen an. Ihr werdet sehen, wie gern Menschen mit Euch sprechen möchten, wie sehr sie sich über Euer Interesse an ihrem Leben freuen. Mich, die Deutsche, sprechen fremde Menschen scherzend an: „Du als Frau Merkel, wie siehst Du die Sache?“ Und schon sind

wir mitten im Gespräch und ich erzähle, dass es auch in Deutschland viele Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen

„Wir sollten die Frage der Entschädigungen [für deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland während der NS-Besetzung; d. Red.] nicht mit der aktuellen Debatte über die Eurokrise verknüpfen. Aber unabhängig davon bin ich der Meinung, dass wir die Entschädigungs-Diskussion führen müssen.“

Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Vorsitzender, in: *Der Spiegel*, 17. März 2015.

sen gibt, dass viele mit ihrem Lohn ihre Familien nicht ernähren können, dass ich in Berlin der Armut von Menschen auf den Straßen begegnet bin. Dass dieses brutale Wirtschaftssystem keine gute Zukunft hat, weder hier noch dort.

Ob ein solches Miteinander etwas ändern wird an dem hässlichen Gerede und der Häme, und vor allem am Ausbluten von Griechenland durch das mächtige Finanzkapital, das weiß ich nicht. Aber ich lade Euch ein, nach Griechenland zu kommen. Ich lebe gern hier! Und irgendwann komme ich dann wieder mal nach Deutschland und werde hören und sehen, was sich dort bewegt.

Eure Dorothee aus Griechenland

Dorothee Vakalis ist Pfarrerin im Ruhestand. Der Brief wurde hier gekürzt wiedergegeben.

Die ungekürzte Fassung findet sich auf: www.faktencheckhellas.org

Selbstverwaltung bei Viomihaniki Metalleutiki

Mag Wompel

VIOME ist eine Fabrik in Thessaloniki, die Baustoffe herstellt und im Mai 2011 von ihren -Besitzern verlassen wurde. Die zweiundzwanzig Arbeiterinnen und Arbeiter, die über ein Jahr lang ohne Lohn waren, haben sie in der Folge besetzt. Nachdem Interventionen bei den Ministerien erfolglos geblieben sind, haben sie beschlossen, die Fabrik in Selbstverwaltung unter Arbeiterkontrolle weiterzuführen – und von nun an Bioputzmittel herzustellen.

Aktuell steht der Kampf um VIOME wieder einmal an einem Wendepunkt. Die Ex-Eigentümer haben sich mit dem neuen Administrator zusammengetan, um den Betrieb zu liquidieren. Am 23. März hat ein wichtiges Gerichtsverfahren begonnen, bei dem es um die Zukunft des Kampfes bei VIOME geht. Die Beschäftigten sind entschlossen, unabhängig vom Urteil, in der Fabrik zu bleiben.

In einer Solidaritätserklärung heißt es: „Ihr habt bewiesen, dass es nicht zu Ende ist, wenn der Eigentümer nicht mehr will und die Beschäftigten nach Hause schicken. Ihr habt gezeigt, dass es eine Al-

ternative zu Entlassungen, Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit gibt: Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ihr Leben in die eigenen Hände nehmen, brauchen sie keine Chefs, um die Produktion zu organisieren. Das ist der Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Ausbeutung. Ihre Krise ist unsere Chance! Schaffen wir zwei, drei, viele Vio.Me!“

Solidarität kann aber auch von Deutschland ganz praktisch geübt werden: Durch Spenden oder den Kauf der biologischen Seifen. Jedes Stück Seife steht als Symbol für eine künftige Art von Produktion und Austausch, die der ganzen Gesellschaft dient, ohne Ausbeutung und ohne Chefs. Es ist diese Botschaft, die mit dem Vertrieb der Seifen von VIOME verbreitet wird.

Siehe zum Hintergrund und den Bezugsquellen das Dossier im LabourNet Germany / Internationales / Griechenland / Arbeitskämpfe / Dossier: If they can't do it, we can – Selbstverwaltung bei Viomihaniki Metalleutiki <http://www.labournet.de/?p=10220>

Zitat zum Thema – Günter Grass zu Griechenland

Als Günter Grass vor wenigen Wochen starb, waren in Deutschland alle voll des Lobs und der Bewunderung. Dass der Schriftsteller am Beginn der Griechenland-Krise deutlich Partei für das Land und Partei gegen die Troika, die EU und die Griechenland-Politik der Bundesregierung ergriffen hatte, wurde verschämt verschwiegen. Es war dann die griechische Regierung, die ihm dafür dankte. Und es war ein FaktenCheck:HEL-LAS-blog, der dieses Engagement hervorhob.

Günter Grass veröffentlichte im Mai 2012 ein Gedicht mit dem Titel „Europas Schande“. In diesem heißt es – immer gerichtet an das „Europa“, an den Kontinent mit dem griechischen Namen, oder eben gerichtet an die EU: „Dem Chaos nah, weil dem Markt nicht gerecht / bist fern Du dem Land, das die Wiege Dir lieh. // Was mit der Seele gesucht, gefunden Dir galt / wird abgetan nun, unter Schrottwert taxiert // [...] Zur Armut verurteiltes Land, dessen Reichtum / gepflegt Museen schmückt: von Dir gehütete Beute. // Die mit der Waffen Gewalt das inselgesegnete Land / Heimgesucht, trugen zur Uniform Hölderlin im Tornister.“

Materialismus und Außenhandel

Das Kräfteverhältnis in der Eurozone, die deutsche Politik und der Wandel beim Thema „Grexit“

Sebastian Gerhardt

Mitte Februar 2015, auf dem Höhepunkt des aktuellen Tauziehens um die Politik der Eurogruppe gegenüber Griechenland, legten vier der fünf Mitglieder des deutschen „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ eine politische Stellungnahme vor. Ihre Botschaft: Ein Grexit ist machbar. Die Professoren Lars Feld, Christoph Schmidt, Isabel Schnabel und Volker Wieland wie der Generalsekretär des Rates, Benjamin Weigert zeigen sich sicher: „Im Jahr 2010 wäre ein Grexit, also ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Raum und die Neueinführung einer nationalen Währung, mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Ansteckungseffekten auf die internationalen Finanzmärkte verbunden gewesen, welche die anderen Mitgliedstaaten erheblich in Mitleidenschaft gezogen hätten. ... Heute stellen sich die Umstände allerdings ganz anders dar.“ Nur Peter Bofinger als der letzte der Mohikaner, pardon: Keynesianer, schloss sich von

dieser gemeinsamen Stellungnahme seiner Kollegen aus.

Im Herbst 2011 hatte der damalige, kaum weniger neoliberale Sachverständigenrat noch eine andere Position eingenommen: In ihrem damaligen Jahrgutachten schlugen die „Wirtschaftswissenschaften“ ein Modell einer teilweisen Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden vor. Trotz der unverkennbaren Absicht, auf diese Weise die Austeritätspolitik zur offiziellen Norm aller teilnehmenden Länder zu erheben, fand der Vorschlag Beifall auch von linksliberaler Seite. Der französische Ökonom Thomas Piketty („Das Kapital des 21. Jahrhunderts“) lobt das Gutachten noch heute – wenn er sich auch auf eine Diskussion des Kleingedruckten nicht einlässt.

2011 zerbrachen sich die deutschen Wirtschaftsprofessoren den Kopf über weitgehende politische Veränderungen zum Zwecke einer gemeinsamen kapitalistischen Lösung der Eurokrise. Heute erklären sie schlicht, Griechenland könne gehen. Eine Grexit „könnte die

Glaubwürdigkeit des heutigen institutionellen Rahmenwerks stärken und so die Integrität des Euro-Raums festigen, statt außerhalb Griechenlands Chaos auszulösen.“ Auch wenn ihre Vorschläge eher auf die Öffentlichkeit zielen und nicht die deutsche Regierungspolitik vorschreiben, die Frage lohnt schon: Was hat sich seit 2011 geändert?

Die Professoren verweisen auf Veränderungen in den finanzpolitischen Strukturen, den „Europäischen Rettungsschirm“, die EZB-Politik und vieles andere mehr. Spannend ist, worüber sie nicht reden. Sie reden nicht über den Saldo der Leistungsbilanz, das aktuelle Abrechnungsergebnis der grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungen. Dabei diene ihnen das schlechte Abschneiden griechischer Unternehmen in der internationalen Konkurrenz zuvor als Beweis, dass die Katastrophe vor Beginn der Troika-Politik schon längst eingetreten war: „Die Griechen“ hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“ – sie hätten mehr verbraucht als produziert! Fehlt nur noch, dass die Professoren das Märchen von der Fiedelgrille und dem Maulwurf drucken und nach Athen schicken lassen.

Von Seiten keynesianischer Ökonomen und griechischer Politiker – auch konservativer, wie im Fall des Staatspräsidenten Prokopis Pavlopoulos – wird die Geschichte andersherum erzählt. Die deutsche Wirtschaft habe mit Lohn-dumping und fehlender Binnennachfrage ihre Probleme auf den Weltmarkt exportiert. Die deutschen Überschüsse müssten ja anderswo zu Defiziten führen.

Das ist nicht falsch, aber auch nicht ganz vollständig. Denn die deutschen Löhne liegen trotz des Drucks von Hartz IV immer noch deutlich über dem Niveau der meisten anderen EU-Länder. Erfolgreiche Ausbeutung senkt die Produktionskosten nicht nur durch Lohndruck, sondern ebenso durch moderne Technik und durch Arbeitshetze – höflicher „Intensivierung“ genannt. Auf diese Weise kommt der Erfolg des deutschen Kapitals zustande. Solange sich an den sozialen Kräfteverhältnissen hierzulande nichts ändert, wird das auch weiter gehen.

Die Daten zur Leistungsbilanz ausgewählter EU-Länder (Tabelle) zeigen das Ergebnis: Ja, schon vor der Krise war die Macht des nordwestlichen Blocks in der EU an den Überschüssen Deutschlands, Österreichs und der Niederlande klar erkennbar. Und die Defizite Griechenlands oder Spaniens in jenen Jahren sind die Zeichen der wachsenden Verschuldung der Südländer, die anders ihre Importe nicht finanzieren können.

Doch die Tabelle zeigt noch etwas: In der Krise seit 2008 gingen die deutschen Überschüsse im Außenhandel nicht etwa zurück, sondern sie stiegen noch an! Und das, obwohl die Sparpolitik in Spanien, Griechenland und



Grafik Joachim Römer

in den anderen Krisenländern nicht nur zu offener Not bei großen Teilen der Bevölkerung führte, sondern am Ende auch die Handelsbilanzen „drehte“ und einen Überschuss im Außenhandel bewirkte! Die Zusammenfassung für die Jahre 2007 bis 2010 zeigt noch das alte Muster. Aber zwischen 2011 und 2014 erreichte die EU insgesamt einen Überschuss im Außenhandel. Die deutschen Überschüsse sind nicht einfach das Gegenstück der griechischen Defizite: Immer schon wurden sie wesentlich im Handel mit vielen anderen Ländern erreicht. Und wenn die einen Kunden nicht mehr zahlungsfähig sind, sucht man sich eben andere.

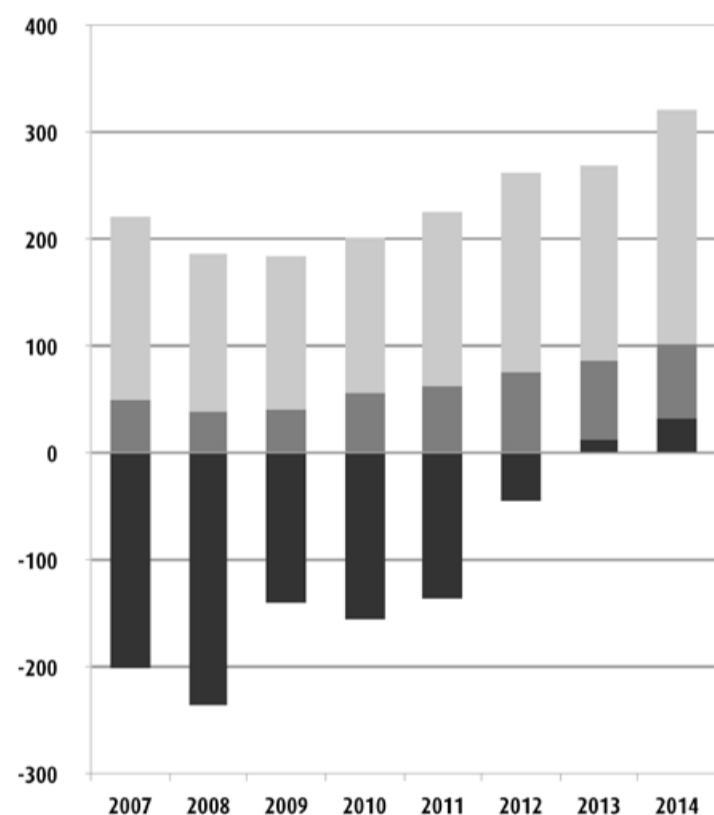
Deshalb sind deutsche Wirtschaftsprofessoren heute so viel selbstbewusster als 2011. Sie sehen Alternativen zu einer Einigung mit Griechenland. Böse

Materialisten könnten sagen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Etwas vereinfacht, aber nur etwas: Die Professoren des Sachverständigenrates wissen heute, dass der Wechsel des deutschen Kapitals auf andere Märkte geklappt hat, vor allem nach Asien. Deshalb sehen sie keinen Grund, einer linken Regierung in Athen irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Für uns in Deutschland bedeutet diese Analyse, dass wir einen alten Satz neu begreifen müssen: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Auch wenn man sich mit dieser Einsicht sicher nicht bei allen beliebt macht.

Sebastian Gerhardt arbeitet in Berlin in der „Topographie des Terrors“ und dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst. Er gehört zur Redaktion von Lunapark21.

Saldo der Leistungsbilanz in Milliarden Euro



■ Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, Italien, Frankreich
■ Österreich, Niederlande
■ Deutschland

Daten und Grafik

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2007-2010	2011-2014
Griechenland	-32,6	-34,8	-25,8	-22,5	-20,6	-4,6	1,1	1,6	-115,7	-22,5
Portugal	-17,1	-21,7	-18,3	-18,3	-10,6	-3,5	2,4	1	-75,4	-10,7
Irland	-18	-10,2	-3,8	1,8	2	7,3	7,7	11,5	-30,2	28,5
Spanien	-104,3	-103,2	-46,2	-42,4	-34	-3	15,1	8,5	-296,1	-13,4
Italien	-22,8	-46,3	-30,4	-55,7	-50,4	-8,2	15	31,2	-155,2	-12,4
Frankreich	-5,8	-19	-16	-16,7	-21,2	-32,2	-27,7	-21,2	-57,5	-102,3
Deutschland	173,1	147,9	143,2	146,7	164,5	187,3	182	219,7	610,9	753,5
Österreich	10,8	13,2	7,5	8,4	5	4,7	3	2,6	39,9	15,3
Niederlande	38,4	25,5	34	47,5	56,8	70,5	70,4	67,5	145,4	265,2
Summe	21,7	-48,6	44,2	48,8	91,5	218,3	269	322,4	66,1	901,2

ANZEIGE

Attac-Sommerakademie

5.-9. August 2015 // Marburg

Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt für Neugierige, Jung und Alt, Attacies und AktivistInnen. Auf spannenden Podien, Foren und in Workshops werden wir gemeinsam lernen, politisches Handwerkszeug erarbeiten und diskutieren. Im Mittelpunkt steht dabei der Attac-Jahresschwerpunkt „Wachstumskritik: globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“. Immer mit dem Ansatz, Globalisierung zu verstehen und kritisch zu hinterfragen.



Alternativen kennen lernen, Aktionen für eine solidarische Welt entwerfen und Lösungsstrategien entwickeln: Die Sommerakademie bietet eine entspannte Atmosphäre mit vielen gleichgesinnten und interessanten Menschen, spannenden Veranstaltungen und dazu ein vielseitiges kulturelles Programm.

Infos und Anmeldung unter www.attac.de/sommerakademie

Plattform von FaktenCheck:HELLAS

Griechenland retten! Europa neu gründen!

Die bisherigen sogenannten Rettungsmaßnahmen der Troika haben Griechenland nicht gerettet, sondern tiefer in die Katastrophe gestürzt: noch höhere Staatsverschuldung, noch größerer Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit, noch größere Arbeitslosigkeit und tiefere Armut. Die Rettung galt v.a. deutschen und französischen Banken.

Die damalige Oppositionspartei Syriza hat die damaligen Regierungen der Ministerpräsidenten Papandreou und Samaras davor gewarnt, die vergifteten Kredite aufzunehmen. Doch die Regierungen der griechischen Parteien Pasok und Nea Demokratia haben die Kredite angenommen – in Abstimmung mit ihren deutschen Partnerparteien SPD und CDU/CSU.

I
Wir begrüßen, dass die neue griechische Regierung in einem ersten Schritt 200 Millionen Euro für Hilfen an die ärmsten Krisenopfer bereitstellt – auch ohne Schäuble oder Juncker um Erlaubnis zu fragen. Wir unterstützen weitere solche Maßnahmen, die den Menschenrechten auf Schutz vor Armut, vor Wohnungslosigkeit und dem Schutz der Gesundheit und der Bildungsmöglichkeiten entsprechen.

Wir unterstützen einen Schuldenschnitt. Jeder Mensch, der 1 und 1 zusammenzählen kann, erkennt: Das von der Troika so zugerichtete Griechenland kann seine Schulden niemals zurückzahlen. Diese zerstörerische Logik wird nicht dadurch gewendet, dass Griechenland noch weiter stranguliert wird.

Wir fordern, dass alle, die für die Überschuldung Griechenlands mitverantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden: Banken, Ratingagenturen, Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank, frühere Regierungmitglieder und ihre Berater. Sie haben den erschummelten Eintritt Griechenlands in die Eurozone, die Ratings, die aufgenötigten Kredite und die katastrophalen Folgen zu verantworten.

II

Wir unterstützen, dass die mögliche Rückzahlung nicht aller, sondern nur der legitimen Schulden an den wirtschaftlichen Aufschwung, an die Wahrung der Menschen- und Arbeitsrechte, an die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und an die Souveränität der griechischen parlamentarischen Institutionen gebunden wird.

Wir unterstützen die griechische Regierung, Praktiken der Vorgängerregierungen zu revidieren: exzessive Beauftragung privater angloamerikanischer Berater, finanzielle Sonderrechte für Minister und Abgeordnete (Autos, üppige Reisekosten und Aufwandsentschädigungen u.ä.). Dies sehen wir auch als beispielhaft an für die Europäische Kommission, das EU-Parlament und die meisten Regierungen und Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten.

Wir fordern, dass die EU und die EU-Regierungen nicht wie bisher den Vermögenden und großen Unternehmen die Instrumente der Steuerhinterziehung zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere für Luxemburg, das unter dem langjährigen Ministerpräsidenten und heutigen Kommissionspräsidenten Juncker zur zweitgrößten Finanzoase der Welt ausgebaut wurde.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Verringerung der überproportionalen griechischen Rüstungsausgaben führen. Diese Folgen des von den USA und der Nato unterstützten Militärputsches des Jahres 1967 müssen beseitigt werden.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Aufdeckung der Regierungskorruption der letzten Jahrzehnte und ihrer Folgen dienen. Wir unterstützen auch die Forderung, dass deutsche und französische Rüstungsfirmen gegebenenfalls Schadenersatz an Griechenland zahlen. Wir fordern, dass die Justiz in den EU-Staaten den griechischen Behörden konsequente Amtshilfe gewährt.

III

Die EU feiert sich als Friedensmacht. Doch die Versöhnung nach der nationalsozialistischen Besetzung Europas war oft nur oberflächlich – insbesondere im Falle Griechenlands. Vor allem die deutsche Regierung hat die Reparationsfrage gezielt verdrängt. Die deutsche Seite muss sich zu Reparationszahlungen verpflichten. Die griechische Seite hat dazu die Einrichtung eines „Rats der Weisen“ vorgeschlagen. Unabhängig davon muss der Kredit zurückgezahlt werden, den das Hitler-Regime Griechenland 1942 aufgezungen hat.

Die Verantwortlichen wissen, wie man eine überschuldete und am Boden liegende Volkswirtschaft auf die Beine bringt. Die BRD wurde als Rechtsnachfolgerin des „Dritten Reiches“ in der Londoner Schuldenkonferenz 1953 von den meisten Vorkriegs- und Kriegsschulden entlastet, Investitionen wurden gefördert, der Sozialstaat ausgebaut, die Gewerkschaften bekamen wieder Rechte. Warum soll das, was dem Rechtsnachfolger des Dritten Reiches gewährt wurde, dem Opfer Griechenland vorenthalten werden?

IV

Europa muss neu begründet werden. Wirtschaftliche Entwicklung muss ökologisch und sozial ausgerichtet und verbunden werden mit Gerechtigkeit, mit der Festigung und Installierung demokratischer Prozeduren, mit Frieden und Völkerverständigung. Hass, Demütigung und Verachtung gegenüber Griechenland sind unvereinbar mit europäischen Werten.

Wir ermuntern alle Initiativen, Bewegungen und Parteien, die sich in den anderen europäischen Staaten auf einen Weg wie Syriza in Griechenland begeben haben. Wir unterstützen jede Form gegenseitiger Information, Vernetzung und demonstrativer Aktionen. Auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten steht die Ablösung solcher Regierungen an, die aus Überzeugung, Erpressung, Korruption oder Dummheit an der Troika-Politik festhalten.



Ας σώσουμε την Ελλάδα! Ας ξαναχτίσουμε την Ευρώπη!

Τα επονομαζόμενα μέτρα «διάσωσης» της Τρόικας δεν έσωσαν την Ελλάδα, αλλά την οδήγησαν σε μία βαθύτερη καταστροφή: ακόμα υψηλότερο δημόσιο χρέος, ακόμα μεγαλύτερη υποχώρηση της οικονομικής δραστηριότητας, υψηλότερη ανεργία και βαθύτερη φτώχεια. Η διάσωση εξυπηρέτησε κυρίως τις γερμανικές και γαλλικές τράπεζες.

Ο ΣΥΡΙΖΑ, ως πρώην κόμμα της αντιπολίτευσης, είχε προειδοποιήσει τις τότε κυβερνήσεις των Παπανδρέου και Σαμαρά να μην συνάψουν τα δηλητηριώδη δάνεια «διάσωσης». Ωστόσο, οι κυβερνήσεις του ΠΑΣΟΚ και της Νέας Δημοκρατίας συνήψαν τα δάνεια αυτά – σε συμφωνία με το κόμμα των Σοσιαλδημοκρατών (SPD) και το κόμμα των Χριστιανοδημοκρατών/Χριστιανοκοινωνιστών (CDU/CSU).

I.

Χαιρετίζουμε το γεγονός ότι η νέα κυβέρνηση κατέστησε διαθέσιμα, ως πρώτο βήμα, 200 εκατομμύρια ευρώ ως βοήθεια για τα φτωχότερα θύματα της κρίσης, και μάλιστα χωρίς να ζητήσει την συγκατάθεση του Γιούνκερ ή του Σόιμπλε. Υποστηρίζουμε περαιτέρω τέτοια μέτρα, που συμβαδίζουν με τα ανθρώπινα δικαιώματα της προστασίας κατά της φτώχειας και της απώλειας της κατοικίας, καθώς και με την προστασία της υγείας και το δικαίωμα στην παιδεία.

Υποστηρίζουμε το κούρεμα του χρέους. Όποιος ξέρει πόσο κάνει ένα κι ένα, γνωρίζει ότι η Ελλάδα, την οποία η Τρόικα έφερε στην σημερινή τραγική κατάσταση της, δεν θα μπορέσει ποτέ να αποπληρώσει το χρέος της. Αυτή η καταστροφική λογική δεν πρόκειται να αλλάξει, αν η Ελλάδα συνεχίσει να κακοποιείται με τον ίδιο τρόπο.

Απαιτούμε να αναλάβουν τις ευθύνες τους όλοι οι συνυπεύθυνοι για την υπερχρέωση της Ελλάδας: τράπεζες, οίκοι αξιολόγησης πιστοληπτικής ικανότητας, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή, το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, τα μέλη των προηγούμενων κυβερνήσεων και οι σύμβουλοί τους. Αυτοί είναι οι υπόλογοι για την είσοδο της Ελλάδας στην Ευρωζώνη, που βασίστηκε σε παραποιημένα στοιχεία, για τις αξιολογήσεις, για τα δάνεια που επιβλήθηκαν και τις καταστροφικές συνέπειες τους.

II.

Είμαστε υπέρ του να συμβαδίζει η ενδεχόμενη αποπληρωμή όχι ολόκληρου, αλλά μόνο του νόμιμου χρέους, με την οικονομική ανάκαμψη, την τήρηση των ανθρωπίνων και εργασιακών δικαιωμάτων, τους κανόνες της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας (ΔΟΕ), καθώς και με την κυριαρχία των ελληνικών κοινοβουλευτικών θεσμών.

Υποστηρίζουμε την ελληνική κυβέρνηση στην αναθεώρηση πρακτικών των πρώην κυβερνήσεων: υπερβολικές αναθέσεις σε συμβούλους από τον αγγλοαμερικανικό χώρο, οικονομικά προνόμια για υπουργούς και βουλευτές (αυτοκίνητα, γενναϊδώρες αποζημιώσεις και έξοδα ταξιδιού κ.α.). Θα θέλαμε αυτό να αποτελέσει παράδειγμα προς μίμηση και για την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και τις περισσότερες κυβερνήσεις και κοινοβούλια των κρατών μελών της ΕΕ.

Απαιτούμε η ΕΕ και οι κυβερνήσεις της να σταματήσουν να διαθέτουν στη διάθεση των πλουσίων και των μεγάλων επιχειρήσεων το εργαλείο της φοροδιαφυγής. Αυτό ισχύει κυρίως για το Λουξεμβούργο, που μετατράπηκε στο δεύτερο μεγαλύτερο φορολογικό παράδεισο παγκοσμίως, επί διακυβέρνησης του πρώην και επί πολλά έτη πρωθυπουργού της χώρας και νυν προέδρου της Επιτροπής Γιούνκερ.

Υποστηρίζουμε όλα τα μέτρα που οδηγούν στη μείωση των δυσανάλογων στρατιωτικών δαπανών για την Ελλάδα, οι οποίες αποτελούν συνέπεια του στρατιωτικού πραξικοπήματος του 1967, που είχε στηριχθεί από τις ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ. Έφτασε η στιγμή για τον παραγκωνισμό των συνεπειών αυτών. Υποστηρίζουμε όλα τα μέτρα της δικαιοσύνης, που αποσκοπούν στην αποκάλυψη της κυβερνητικής διαφθοράς των τελευταίων δεκαετιών. Υποστηρίζουμε επίσης την απαίτηση να καταβάλουν αποζημίωση προς την Ελλάδα οι γερμανικές και γαλλικές εταιρείες αμυντικού εξοπλισμού. Απαιτούμε τη συνεπή διασφάλιση αμοιβαίας συνδρομής προς τις ελληνικές αρχές από την δικαιοσύνη στα κράτη της ΕΕ.

III.

Η ΕΕ διακηρύσσει ότι αποτελεί ειρηνευτική δύναμη. Ωστόσο, η συμφιλίωση μετά την εθνοσοσιαλιστική κατοχή της Ευρώπης ήταν, ιδιαίτερα στην περίπτωση της Ελλάδας, μόνο επιφανειακή. Ιδίως η γερμανική κυβέρνηση απώθησε στο ζήτημα των πολεμικών αποζημιώσεων. Η γερμανική πλευρά πρέπει να υποχρεωθεί να καταβάλει αποζημιώσεις. Η ελληνική πλευρά πρότεινε τη σύσταση ενός «συμβουλίου σοφών» προς αυτήν την κατεύθυνση. Ανεξαρτήτως αυτού, πρέπει να αποπληρωθεί το δάνειο, στο οποίο καταναγκάστηκε η Ελλάδα το 1942 από το χιτλερικό καθεστώς.

Οι υπεύθυνοι γνωρίζουν, πώς μπορεί να ξανασταθεί στα πόδια της μία γονατισμένη εθνική οικονομία. Η Ομοσπονδιακή Δημοκρατία της Γερμανίας, νόμιμη διάδοχος του «Τρίτου Ράιχ», απαλλάχθηκε το 1953 στο συνέδριο για το χρέος, που έλαβε χώρα στο Λονδίνο, από τα περισσότερα προπολεμικά και πολεμικά χρέη, προωθήθηκαν οι επενδύσεις, ανοικοδομήθηκε το κοινωνικό κράτος, οι συνδικαλιστικές οργανώσεις απέκτησαν δικαιώματα εκ νέου. Γιατί να αποκρύνουμε από την Ελλάδα – θύμα όλα εκείνα που διασφαλίστηκαν στην νόμιμη διάδοχο του Τρίτου Ράιχ;

IV.

Η Ευρώπη πρέπει να ανοικοδομηθεί εκ νέου. Η οικονομική ανάπτυξη πρέπει να συμβαδίζει με τη δικαιοσύνη, με την εδραίωση και ενίσχυση των δημοκρατικών διαδικασιών, με την ειρήνη και την αμοιβαία κατανόηση μεταξύ των λαών. Το μίσος, η ταπεινώση και η περιφρόνηση έναντι της Ελλάδας δε συμβαδίζουν με τις ευρωπαϊκές αξίες.

Ενθαρρύνουμε όλες τις πρωτοβουλίες, τα κινήματα και τα κόμματα, τα οποία έχουν ταχθεί σε ένα δρόμο ανάλογο με αυτόν που ακολουθεί ο ΣΥΡΙΖΑ στην Ελλάδα, και στα υπόλοιπα ευρωπαϊκά κράτη. Υποστηρίζουμε κάθε μορφή ανταλλαγής πληροφοριών, δικτύωσης και δράσεων διαδήλωσης. Υπάρχουν και άλλα κράτη μέλη της ΕΕ, στα οποία εκκρεμεί η αλλαγή των κυβερνήσεων εκείνων, που λόγω πεποιθήσεως, εκβιασμού, διαφθοράς ή ανοησίας παραμένουν προσκολλημένες στην πολιτική της Τρόικας.

FaktenCheckHellas wird herausgegeben von: Tom Adler Stuttgart IGM Stadtrat ehem. BR Daimler · Prof. Elmar Altwater Berlin · Rolf Becker Hamburg ver.di Schauspieler · Prof. Armin Bernhard Essen · Georg Brzoska Berlin Soziologe · Nikos Chilas Athen/Berlin Journalist (To Vima) · Prof. Ulrich Duchrow Heidelberg · Jochen Dürr Schwäbisch Hall · Andreas Gkolfinopoulos und Leandros Fischer Köln Initiative „GriechInnen und ZypriotInnen gegen Austerität/NRW“ in Gründung · Annette Groth Stuttgart MdB Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe · Heike Hänsel Tübingen MdB · Jürgen Harrer Köln Verleger · Prof. Rudolf Hickel Bremen · Inge Höger Berlin MdB · Ulla Jelpke Berlin MdB · Angela Klein Köln Journalistin · Anton Kobel Mannheim ehem. Gewerkschaftssekretär hgv/ver.di · Bernd Köhler Mannheim Musiker · Gregor Kritidis Hannover Sozialwissenschaftler · Stephan Krull Magdeburg ehem. Betriebsrat VW · Prof. Hans Jürgen Krzymanski Münster · Sabine Leidig Hanau MdB · Volker Lösch Berlin Regisseur · Prof. Ingrid Lohmann Hamburg · Prof. Birgit Mahnkopf Berlin · Prof. Mohssen Massarrat Berlin · Prof. Norman Paech Hamburg · Alexis J. Passadakis Berlin Politikwissenschaftler · Tobias Pflüger Stellvertretender Parteivorsitzender Die LINKE · Christine Prayon Stuttgart Kabarettistin · Nadja Rakowitz Frankfurt/M. express · Prof. Dr. Günter Rausch Freiburg/Brsg. · Werner Rügemer Köln Philosoph · Karl Heinz Roth Bremen Historiker · Conrad Schuhler München isw · Walter Sittler Stuttgart Schauspieler · Sybille Stamm Stuttgart, ehem. Landesbezirksleiterin ver.di, Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung · Margarita Tsomou Berlin Kulturwissenschaftlerin · Dorothee Vakalis Thessaloniki Pfarrerin i. R. · Sahra Wagenknecht Düsseldorf MdB · Harald Weinberg Nürnberg MdB · Mag Wompe Bochum labournet.de · Lucas Zeise Frankfurt/M · Prof. Christian Zeller Salzburg · Prof. Susan Zimmermann Wien
Die Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person
Organisationen, Initiativen und Publikationen, die FaktenCheck:HELLAS unterstützen:
attac · akl – antikapitalistische Linke (in der Partei DIE LINKE) · express · Hamburger Solidaritätsgruppe Griechenland · isl · Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie · Sand im Getriebe – SIG · SAV